

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Verbands (D. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Einar Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dabler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

ersch. wochentl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M., freibl., auschl. Träger. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Zeilen 0,15 R.-M., 12 außerhalb des Bezugs 0,20 R.-M., 3 gesp. Zeilen 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingeladene 0,10 R.-M., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Zuschlag.

Bugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 138 Donnerstag, den 17. Juni 1926 48. Jahrgang.

Rücktritt des französischen Kabinetts Briand.

Das Reichskabinett hat beschlossen, zwecks Klärung sachlicher Fragen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Reichsbahn in Verhandlungen zu treten.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in einem Schreiben an den demokratischen Parteivorsitzenden Dr. Koch die Gründe seines Austritts aus der demokratischen Partei auseinandergesetzt.

Für das neue Zepelin-Luftschiff wird ein neuer Betriebslohn eingeführt.

In Schaumburg-Lippe ist eine Regierungskrise ausgebrochen.

In der Wohnungsban-Tätigkeit ist eine rückläufige Bewegung eingetreten.

Aus Schlessien, Polen, Galizien und Rußland werden schwere Unwetter gemeldet.

General Dawes selbst tritt für eine Revision des Dawes-Planes ein.

Auf die deutsche Scharlachkrise bei Westfalen wurde von deutscher Seite ein schwerer Dynamitanschlag verübt.

Der französische Finanzminister Peret hat infolge des neuen Frankensurzes seinen Rücktritt eingereicht. In Paris erwartet man den Rücktritt des gesamten Kabinetts.

Spanien verzichtet auf einen nichtständigen Bölkerbunds-Beobachter.

Waldenburg, 16. Juni 1926.

Vor einigen Tagen ist die französisch-spanische Marokko-Konferenz von dem Ministerpräsidenten Briand in Paris eröffnet worden. Es ist bezeichnend, daß die französische Presse von diesem, für die Politik Frankreichs an sich sehr bedeutenden Ereignis, verhältnismäßig wenig Notiz nimmt. Soweit die Blätter sich näher damit befassen, wird übereinstimmend betont, daß es sich mehr um eine „zwanglose Aussprache“ als um eine eigentliche Konferenz handle. Weshalb die Bedeutunglosigkeit der Pariser Besprechungen so geflüsternd hervorgehoben wird, ist leicht zu erkennen. Man fürchtet die Einmischung Italiens. Mussolini hat bekanntlich vor nicht allzu langer Zeit laut verkündet, Italien sei beim vorigen Tanger-Abkommen übergangen worden, bei einer Revision verlange es Berücksichtigung. Man könne nicht das marokkanische Problem neu aufröhlen, ohne die gesamte nordafrikanische Frage anzurühren, und Italien habe ein sehr wesentliches Wort mitzureden, bei einer Machtverchiebung in Marokko. England hält sich vorläufig im Hintergrund, aber seine Ansprüche sind aus der großen Linie der gesamten englischen Politik schon jetzt zu erkennen: es will und muß um jeden Preis verhindern, daß eine Großmacht wie Frankreich in den Besitz des anderen Ufers der Straße von Gibraltar kommt.

Unter diesen Umständen nimmt es kein Wunder, daß man in Paris die Verhandlungen mit Spanien vor der Öffentlichkeit geheim halten will. Nach außen hin läßt die französische Regierung erklären, daß es sich lediglich um eine „allgemeine Regelung der Grenzfragen“ handle. Gleichzeitig hat sie den Unterhändlern den offiziellen Auftrag erteilt, darauf zu achten, daß die Verhandlungen nicht zur Aufrollung internationaler Fragen führen dürfen. So lauscht nach der Bestätigung Abd el Krims erst das eigentliche Gefahrenmoment auf, das im Abgebiet für die „Steiger“ Europas liegt. Denn in die ganze politische Verwicklung hinein reicht auch noch das Wirtschaftsprobleme einer Ausbeutung der reichen Bodenschätze Marokkos. An ihnen hat das verhältnismäßig kapitalarme Spanien nicht selbst ein Ausbeuterinteresse, es hat schon Fühlung genommen mit angelsächsischen Kapitalisten — was wiederum für Frankreich zum mindesten unerwünscht sein dürfte.

Außenpolitische Differenzen sind der französischen Regierung heute um so weniger willkommen, als Frankreich augenblicklich mit großen innerpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Abgesehen von der Demagogiebewegung in Elsaß-Lothringen, die den Pariser Machthabern allerhand Kopfschmerzen macht, bildet der unaufhaltsame Sturz des Franken die Haupt Sorge der französischen Regierung. Für das englische Pfund wurden heute an der Pariser Börse bereits 180 Franken gezahlt, damit hat der Franken

wieder den tiefen Stand erreicht, auf dem er vor Beginn der letzten großen Stützungaktion gestanden hatte. Die neue Abwärtsbewegung des Franken wird auf Gerüchte zurückgeführt, wonach sich die Regierung mit der Absicht trägt, die kurzfristigen Schuldscheine der inneren Anleihe in umlaufsfähige Zahlungsmittel umzuwandeln. Dieser Plan, der vor allem auf Callen zurückgeht, wird allgemein als eine gewaltige Inflationsmaßnahme betrachtet, da es sich um eine Summe von über 50 Milliarden Franken handelt, die als neue Zahlungsmittel in Frage kommen.

Der neue Frankensurz wird voraussichtlich nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Regierung sein. Die Lage hat sich für die Regierung noch weiter dadurch zu ihren Ungunsten verschoben, daß nach einer Mitteilung des Finanzministeriums der Bericht des Sachverständigenausschusses erst in den ersten Tagen des Juli zu erwarten ist. Es ist fraglich, ob die Regierung nach dieser Erklärung noch eine parlamentarische Debatte über die Finanzfrage wird vermeiden können. Die Kommunisten haben in der Kammer eine neue Frankens-Interpellation eingebracht, deren sofortige Beantwortung von ihnen verlangt, von Briand aber voraussichtlich wieder abgelehnt werden wird. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Vertagungsantrag Briands noch einmal angenommen wird. Gleichwohl kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mißstimmung gegen das Kabinett Briands unüberwindlich im Wachsen begriffen ist. Die Unzufriedenheiten scharen sich um den radikal-sozialistischen Abgeordneten Franklin-Bouillon, der auf den Sturz der Regierung drängt. Die Entscheidung in der Regierungsfrage dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach der kleine Kongreß der Radikalsozialisten bringen, der soeben zusammengetreten ist.

Um die Nachfolge Desfers.

Das Reichskabinett verhandelt mit der Reichsbahn.

Die Reichsregierung hat sich in ihrer letzten Kabinettsitzung am Dienstag mit der Frage der Ernennung des neuen Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft befaßt. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett beschlossen, vor der endgültigen Stellungnahme zu der Angelegenheit zwecks Klärung gewisser sachlicher Fragen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Reichsbahn in Verhandlungen zu treten.

Wie erinnerlich hatte der Verwaltungsrat der Reichsbahn noch vor der Beisetzung des verstorbenen Generaldirektors Rudolf Desfer dessen bisherigen Stellvertreter, Dr. Dorpmüller, zum Leiter der Reichsbahn gewählt. Die merkwürdige Geste, mit der die Wahl Dorpmüllers vollzogen wurde, hatte in der deutschen Öffentlichkeit mit Recht großes Befremden erregt. Man empfand es als eine grobe Taktlosigkeit, daß der Verwaltungsrat zu gleicher Zeit, wo die sterblichen Überreste des bisherigen Generaldirektors noch im Trauerhause in der Wilhelmstraße aufgebahrt waren, schon die Wahl des Nachfolgers vornahm. Aus Gründen der Pietät hätte die Neuwahl zum mindesten bis nach dem Abschluß der Trauerfeierlichkeiten verschoben werden müssen. Aber abgesehen von diesen rein menschlichen Gründen sind auch prinzipielle Bedenken gegen das Vorgehen der Reichsbahn geltend gemacht worden. Die Mitteilung von der Wahl Dorpmüllers ist damals dem Reichskabinett von dem Verwaltungsrat in einer Form zugegangen, die den Schluß zuläßt, daß der Verwaltungsrat die Bestätigung lediglich als formale Angelegenheit betrachtet. Demgegenüber steht aber das Reichskabinett auf dem Standpunkt, daß von einer Formalität nicht die Rede sein kann. Die Bestätigung der Wahl durch den Reichspräsidenten muß von dem Reichskanzler gekennzeichnet sein. Es handelt sich dabei also um einen Akt der Regierungspolitik und nicht um eine reine Formensache. Nach Ansicht des Reichskabinetts ist die Reichsbahn auf Grund des Dawesabkommens nur verpfändet und bleibt auch nach ihrer Umwandlung in eine Gesellschaft im vollen Besitz des Reiches, der Verwaltungsrat kann also seine Tätigkeit lediglich als Treu-

händer ausüben. Gerade in dem Bestätigungsrecht ist eine wesentliche Sicherung des Regierungseinflusses auf die Leitung des Eisenbahnbetriebes und der Eisenbahngeschäfte zu erblicken. Das Kabinett legt großen Wert darauf, daß diese wichtige Frage einmal nach ihrer grundsätzlichen Seite hin einwandfrei geklärt werde. Diese Klärung ist um so mehr geboten, als bei der Aufstellung des Reichsbahngesetzes im Rahmen des Dawes-Gutachtens seinerzeit von deutscher Seite mit aller Energie daran festgehalten wurde, daß Reichspräsident und Reichsregierung das Bestätigungsrecht gegenüber dem Verwaltungsrat haben müßten, um dadurch den deutschen Charakter der Reichsbahngesellschaft auch nach außen hin klar zu stellen.

Schacht über seinen Austritt.

Ein Schreiben an den demokratischen Parteivorsitzenden.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der bekanntlich aus der demokratischen Partei ausgetreten ist, weil ihm die offizielle Parteiparole: „Freigabe der Abstimmung beim Volksentscheid“ zu weit ging, hat jetzt in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden Koch noch einmal die Gründe seines Entschlusses dargelegt. Die entscheidende Stelle dieses Schreibens lautet folgendermaßen:

„Wenn mein Entschluß mich dazu gebracht hat, aus der Parteiorganisation auszuschneiden, so will ich damit zum Ausdruck bringen, daß ich als organisiertes Mitglied für einen nach meiner Auffassung grundsätzlich irrigen Beschluß die Verantwortung nicht mit übernehmen will. Von Jugend auf habe ich unüberändert das Privateigentum und die Erwerbung des wirtschaftlich individuellen Interesses nicht nur als eine der unerlässlichen Grundlagen des Staates, sondern auch als die Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens überhaupt betrachtet. Nur auf Grund dieser innersten Überzeugung habe ich in den letzten Jahren gegen unsere ausländischen Widersacher den Kampf zu führen versucht für die Anerkennung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten des deutschen Volkes. Nur aus dieser Überzeugung heraus konnte ich die Wegnahme deutschen Eigentums im Kriege als den größten Schlag gegen das künftige friedliche Zusammenleben der Völker bezeichnen und seine Wiedergutmachung fordern. Ich will und kann mir auch nicht im kleinsten die moralische Basis für meine weitere Tätigkeit in dieser Richtung dadurch nehmen lassen, daß ich bei einer politischen Aktion passiv bleibe, die gegen meine Bemühungen ins Feld geführt werden könnte.“

Andererseits betont Dr. Schacht in seinem Schreiben an Dr. Koch, daß durch seinen Austritt aus der demokratischen Partei

an seiner grundsätzlichen politischen Anschauung nichts geändert

werde. Daß sein Schritt zu Angriffen auf die demokratische Partei benutzt werde, würde hoffentlich aufhören, wenn er ausdrücklich feststelle, daß von allen Parteien, die auf dem Boden des Privateigentums stehen, die demokratische Partei die Partei gewesen sei, die die möglichen Folgen einer nicht rechtzeitig ergangenen gesetzlichen Regelung der Fürstenabfindung erkannt und ihre Bemühungen am stärksten für eine solche Regelung eingesetzt habe.

Anschlußkundgebung in Frankfurt.

Im Römer und in der Paulskirche.

Die Tagung des österreichisch-deutschen Volksbundes in Frankfurt a. M. gestaltete sich am letzten Verhandlungstage zu einer machtvollen Kundgebung für den Anschlußgedanken. Mittags gab die Stadt Frankfurt zu Ehren der Teilnehmer am Bundestag ein Frühstück im Kaisersaal des Römers. Oberbürgermeister Landmann würdigte in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung der alten Kaiserstadt für die Anschlußbewegung. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß diese Entwicklung weiterführen möge zur Vereinigung aller deutschen Volksgenossen in einem Groß-Deutschland, und daß Frankfurt der Ort sein möge, an dem diese historische Entwicklung ihren Anfang finden möge.

Reichstagspräsident Löbe dankte namens der österreichischen und der deutschen Delegierten in herzlichen Worten und feierte die große historische Vergangenheit